Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Freitag, 22. Juli 2011
Ausgabe138
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **3**
› Stadtradeln: München will Endspurt nutzen und überholen 3
› Podiumsdiskussion als Zeichen der Solidarität mit Ai Weiwei 4
› Besuch einer Delegation aus Kiew zum Thema „HIV-Präventionsarbeit“ 5
› Orthopädische Hilfen für Afghanistan 6
› Maler, Vergolder und Kirchenmaler zeigen Meisterstücke 6
› Führung durch die Ausstellung „Typisch München!“ 7
› Sitzung der Kommission für Stadtgestaltung 7
› Vortrag „Risiken und Vorteile des schlüsselfertigen Bauens“ 8
› Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche 8
Antworten auf Stadtratsanfragen **9**
› Antwortschreiben des Jugendamtes vom 13.12.2010 auf meine Anfrage vom 28.09.2010 betreffend: „Adoptionen jenseits von Altersgrenzen? Verletzung der Fürsorgepflicht von Seiten des Jugendamtes?“ 9
› Wie geht es mit den SWM/MVG-Feuerlöschnachrüstungen für die U-Bahnzüge weiter? 12

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Samstag, 23. Juli, 10 Uhr, Marienplatz
Stadtrat Siegfried Benker (Bündnis 90/Die Grünen) eröffnet in Vertretung des Oberbürgermeisters den Münchner Selbsthilfetag auf dem Marienplatz. Bei einem Presserundgang um 10.30 Uhr wird eine Auswahl der 70 Stände besucht, an denen Organisationen, Institutionen und Gruppen ihre Ansätze und Erfahrungen der Selbsthilfe präsentieren.

Wiederholung
Samstag, 23. Juli, ca. 15.30 Uhr, Alte Messe, Schwanthalerhöhe
Oberbürgermeister Christian Ude spricht beim „Oben ohne Open Air" des Kreisjugendrings München-Stadt Grußworte.

Wiederholung
Montag, 25. Juli, 9.30 Uhr, Rathaus, Raum 109
Bürgermeister Hep Monatzeder begrüßt eine Fach-Delegation zum Thema HIV-Prävention aus Münchens Partnerstadt Kiew. Die Kiewer Experten werden vom 25. bis 29. Juli in der Landeshauptstadt zu Gast sein, um sich ein Bild von der HIV-Präventionsarbeit in München zu machen.
Achtung Redaktionen: Es besteht die Möglichkeit, die Gäste zwischen 10 und 11 Uhr zu interviewen. Kontakt und nähere Informationen: *internationales@muenchen.de*, Telefon 2 33-9 27 76.

Wiederholung
Montag, 25. Juli, 11 Uhr, Rathaus, Zimmer
Stadtrat Prof. Dr. Jörg Hoffmann (FDP) begrüßt in Vertretung des Oberbürgermeisters eine Schülergruppe aus Israel und führt die Schülerinnen und Schüler durch das Rathaus.

Wiederholung
Montag, 25. Juli, 17 Uhr, PlanTreff-Foyer, Blumenstraße 31
Stadtbaurätin Prof. Dr. (I) Elisabeth Merk und Stadtschulrat Rainer Schweppe eröffnen die Ausstellung und übergeben die Preise zum „Münchner Schulwettbewerb zur Stadtentwicklung mitdenken – mitreden – mitplanen". 280 Schülerinnen und Schüler zeigen, wie sie sich mit ihrer Stadt und ihren Stadtvierteln auseinandersetzen. Die Ausstellung ist vom 26. Juli bis 28. September im PlanTreff-Foyer, Blumenstraße 31, Erdgeschoss, Montag bis Freitag von 8 bis 19 Uhr zu sehen. Informationen zu den

Wettbewerbsbeiträgen und den beteiligten Schulen unter: *www.muenchen.de/plantreff*
Fotos zum Download von der öffentlichen Prämierung und Ausstellungseröffnung sind ab 27. Juli eingestellt unter *www.zukunft-findet-stadt.de/bilder/schulwettbewerb_2011/verleihung/verleihung_2011.html*

Dienstag, 26. Juli, 11 Uhr, Rathaus, Zimmer 109
In einem Pressegespräch nehmen Bürgermeisterin Christine Strobl und Stadtschulrat Rainer Schweppe Stellung zum Bürgerbegehren „Ausbau der Ganztagsbetreuung für Kinder in München".

Bürgerangelegenheiten

Freitag, 29. Juli, 14 bis 15 Uhr
Telefonische Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 1 (Altstadt - Lehel) mit dem Vorsitzenden Wolfgang Püschel, Telefon 22 80 26 76.

Meldungen

Stadtradeln: München will Endspurt nutzen und überholen
(22.7.2011) Mit knapp 250.000 Kilometern und damit rund 36.000 eingesparten Kilogramm CO_2 liegt die Stadt Rheinberg beim Wettbewerb Stadtradeln deutlich vor der bayerischen Landeshauptstadt, die bislang rund 78.000 Kilometer und eine Einsparung von etwa 11.000 Kilogramm CO_2 erradelt hat. „Das Wetter lässt uns heuer ein wenig im Stich", stellt Bürgermeister Hep Monatzeder - zum vierten Mal Schirmherr der Aktion in München - fest. „Noch aber ist Zeit, uns in der Rangliste weiter nach vorne zu kämpfen. Immerhin sind so viele Münchnerinnen und Münchner angemeldet wie noch nie zuvor." Das allein sei schon als Erfolg zu werten, wie auch die vielen tausend Kilometer, die bei Wind und Wetter bislang „erstrampelt" wurden. Beim Stadtradeln zählt jeder Kilometer, den die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im jeweiligen Aktionszeitraum (in München vom 8. bis 28 Juli) radeln und auf der Wettbewerbs-Homepage unter *www.stadtradeln.de* im Online-Radlkalender eintragen. Sieger ist am Ende die Kommune, die die beste Kilometerbilanz „eingefahren" hat. Mit genau 168.335 Kilometern und damit mehr als 24.000 eingesparten Kilogramm CO_2 ist München 2010 zur „Fahrradaktivsten Stadt" gekürt wor-

den - Rheinberg errang diesen Titel 2009. Dem widrigen Wetter zum Trotz setzen einige Münchner Teilnehmerinnen und Teilnehmer während des Wettbewerbs noch bewusster aufs Rad und meistern täglich allein auf ihrem Arbeitsweg weit mehr als 50 Kilometer. „Das zeigt, dass den Bürgerinnen und Bürgern eine umweltfreundliche Mobilität in der Stadt wichtig ist", so Monatzeder. Für den Bürgermeister ein Grund, bereits jetzt einen Dank auszusprechen: „Hut ab für diesen Einsatz! Jede und jeder von Ihnen trägt zum Erhalt des Klimas bei und auch zur Reduzierung des Autoverkehrs auf den städtischen Straßen." Noch hat München in der letzten Wettbewerbswoche reelle Chancen auf eine gute Platzierung, denn von den vielen Angemeldeten haben einige ihre Kilometer noch nicht online eingetragen. Das kann problemlos bis zum 4. August nachgeholt werden und auch die erstmalige Registrierung ist derzeit noch möglich. „Nutzen Sie den Endspurt für ein spannendes Finale", so Monatzeders Aufforderung. Die seit 8. Juli zurückgelegten Kilometer können auch rückwirkend eingetragen werden. Registrieren kann man sich auf *www.stadtradeln.de* noch bis zum 28. Juli. Am einfachsten ist es, sich einem bereits bestehenden Team anzuschließen – man kann aber auch noch ein eigenes Team eintragen. Wer beim Anmelden Hilfe braucht, wendet sich am besten an das Münchener Stadtradelbüro, das vom Referat für Gesundheit und Umwelt koordiniert wird: E-Mail: *2011@stadtradeln-muenchen.de*, Telefon 2 33-4 75 24. Weiterführende Informationen zur bundesweiten Mitmachaktion „Stadtradeln – Wir radeln für das Klima" unter www.stadtradeln.de.

Podiumsdiskussion als Zeichen der Solidarität mit Ai Weiwei

(22.7.2011) Mit Unterstützung des Kulturreferats veranstaltet das Haus der Kunst am Mittwoch, 27. Juli, 19 Uhr, eine international besetzte Diskussionsveranstaltung „Anlässlich Ai Weiwei: Kunst, Dissidenten und Widerstand". Die Diskussion sowie eine stadtweite Plakataktion mit dem Konterfei von Ai Weiwei wurden als gemeinsame Aktion von Haus der Kunst und dem Kulturreferat und seine städtischen Kunstmuseen, dem Lenbachhaus und Kunstbau und dem Museum Villa Stuck, als Zeichen der Solidarität mit dem in seinem Heimatland festgehaltenen chinesischen Künstler Ai Weiwei initiiert.

Aus China stammende Kuratoren und Autoren sowie eine auf chinesisches Strafrecht spezialisierte Wissenschaftlerin gehen am Beispiel Chinas als Teil einer umfassenderen geopolitischen Entwicklung unter anderem der Frage nach, ob das westliche Kunstsystem mit seiner Forderung nach universeller Meinungsfreiheit noch glaubwürdig ist. Ob es nicht vor Jahren eine Komplizenschaft mit autokratischen politischen Systemen ein-

gegangen ist oder ob Veranstaltungen wie z.B. die Sharjah Biennale in den Emiraten die stillschweigende Duldung despotischer Herrschaft bedeuten. Während westliche Länder für den chinesischen Künstler Ai Weiwei und andere, noch inhaftierte Künstler, Dichter und Dissidenten ein transparentes Gerichtsverfahren nach rechtsstaatlichen Standards fordern, mahnt das chinesische Außenministerium die Souveränität von Chinas Justiz an. Ist ein Brückenschlag zwischen so unterschiedlichen Positionen möglich? Ai Weiwei wurde am 22. Juni aus der Haft entlassen; dennoch steht er seither unter Hausarrest, darf keine längeren Interviews geben und auch das Haus nicht verlassen.
An dem Gespräch am Mittwoch, 27. Juli, 19 Uhr, im Haus der Kunst, Prinzregentenstraße 1, beteiligen sich Hou Hanru (San Francisco Art Institute), Gao Minglu (University of Pittsburgh), Flora Sapio (Julius-Maximilians-Universität Würzburg), Shi Ming (Deutsche Welle TV), und Ulrich Wilmes (Hauptkurator Haus der Kunst). Moderator ist Okwui Enwezor, zukünftiger Direktor Haus der Kunst.
Die Diskussion wird in englischer Sprache geführt. Der Eintritt beträgt 5 Euro. Nähere Informationen unter: *www.hausderkunst.de*

Besuch einer Delegation aus Kiew zum Thema „HIV-Präventionsarbeit“

(22.7.2011) Bürgermeister Hep Monatzeder begrüßt am Montag, 25. Juli, um 9.30 Uhr eine Fach-Delegation zum Thema HIV-Prävention aus Münchens Partnerstadt Kiew im Münchner Rathaus. Die Kiewer Experten werden vom 25. bis 29. Juli in der Landeshauptstadt zu Gast sein, um sich ein Bild von der HIV-Präventionsarbeit in München zu machen.
Die Landeshauptstadt möchte im Rahmen der Städtepartnerschaft einen Erfahrungsaustausch im Bereich HIV/AIDS initiieren. Bei der Präventionsarbeit, der medizinischen Versorgung und Betreuung in München hat sich die Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung von Stadt und Vereinen, Selbsthilfegruppen, Ärzten sowie Anlaufstellen besonders bewährt. Die Stadt München hat deshalb auch aus Kiew Fachleute sowohl von städtischer Seite als auch aus der Zivilgesellschaft und aus dem kirchlichen Bereich eingeladen und freut sich auf einen intensiven Informations- und Meinungsaustausch.
Die Ukraine kämpft trotz einer leichten Stabilisierung noch immer mit einer enorm hohen Zahl von HIV/AIDS-Erkrankungen und Neuinfektionen.Im Gebiet Kiew nahm im Vergleich zum ersten Halbjahr 2009 die Infektionsrate im Jahr 2010 um 23,6 Prozent zu.
Die Gäste aus Kiew (Kyiv) sind: Dr. Aleksandr Yurchenko, Leiter der Kiewer AIDS-Klinik, Valerji Tantsurja, Leiter der Abteilung Soziale Dienste der Stadt

Kiew, Svetlana Bodarazkaya, Caritas Spes, Andriy Maymulakhin, Nash Mir (Netzwerk der Homosexuellen in der Ukraine), Denys Kudelia, Vertikal (Drogenberatungsstelle), Katharina Mishchenko, Connect plus Kiew (Dolmetscherin).
Im Rahmen einer öffentlichen Podiumsveranstaltung am Dienstag, 26. Juli, um 19 Uhr besteht die Möglichkeit, sich aus erster Hand über die Lage in Kiew zu informieren. Die Veranstaltung findet in der Ratstrinkstube im Münchner Rathaus statt.
Achtung Redaktionen: Die Möglichkeit, die Gäste zu interviewen, besteht am Montagvormittag (25. Juli) zwischen 10 und 11 Uhr. Es wird um telefonische Anmeldung unter 2 33-9 27 76 gebeten, email: *internationales @muenchen.de*

Orthopädische Hilfen für Afghanistan
(22.7.2011) Das Büro für Rückkehrhilfen des Sozialreferates unterstützt gemeinsam mit dem Verein „Empor - Aufbauhilfe für Afghanistan" zwei orthopädische Werkstätten in Afghanistan. Wali Nawabi , ausgebildeter Orthopädietechniker und Leiter der Werkstätten, kehrte vor acht Jahren in seine Heimat zurück, um seinen Landsleuten mit dem Know-how, das er in Deutschland erworben hat, zu helfen. Tausende von Menschen wurden während des jahrzehntelangen Krieges in Afghanistan verletzt, viele von ihnen sind Frauen und Kinder. Wali Nawabi kümmert sich auch um jene, die seine Dienste nicht bezahlen können. Sach- und Geldspenden machen diese humanitäre Hilfe möglich. Seit 2005 schicken das Büro für Rückkehrhilfen und „Empor" jährlich einen Container mit Sachspenden aus München nach Kabul - eine Direkthilfe, die ankommt und viel bewirkt.
Am kommenden Dienstag, 26. Juli, um 15.30 Uhr, berichtet Wali Nawabi über seine Tätigkeit in Afghanistan. Ute Wagner-Oswald, Münchner Dokumentarfilmerin, zeigt Kurzfilme über Menschen in Afghanistan, die trotz ihrer Behinderung ihr Leben selbst gestalten. Die Veranstaltung findet statt im Amt für Wohnen und Migration, Franziskanerstraße 8, Raum 402 (Multimedia Raum).
Weitere Informationen: Büro für Rückkehrhilfen, Sylvia Glaser, Telefon 2 33-4 06 19.

Maler, Vergolder und Kirchenmaler zeigen Meisterstücke
(22.7.2011) Die Städtische Meisterschule für das Maler- und Lackiererhandwerk, die Städtische Meisterschule für das Vergolderhandwerk sowie die Städtische Fachschule für Farb- und Lacktechnik präsentieren zum Schuljahresende rund 80 Meisterstücke und Fachschularbeiten. Die Leistungsschau findet an folgenden Tagen in der Zeppelinhalle, Hofmannstraße 42, statt:

– Donnerstag, 28. Juli, von 9 bis 11 Uhr
– Freitag, 29. Juli, von 9 bis 17 Uhr und
– Samstag, 30. Juli, von 11 bis 12 Uhr

Fachpublikum sowie alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei.
Wer Interesse an einer Führung durch die Ausstellung hat, meldet sich bitte per Fax (089) 233 32 811 oder per E-Mail *claudia.gusenbauer@muenchen.de* an. Über diese Kontaktdaten kann bei Bedarf auch Bildmaterial angefordert werden.
Informationen zu den Städtischen Schulen im Internet unter *www.fachschule-muenchen.de/*.

Führung durch die Ausstellung „Typisch München!"

(22.7.2011) Am Mittwoch, 27. Juli, 16 Uhr, führt Dr. Isabella Belting, Leiterin der Sammlung Mode und Textilien, im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, durch die Ausstellung „Typisch München!" mit Schwerpunkt „Münchner Maschen – Mode und Textilien".
Sie wird bei der Schwerpunkt-Führung „Münchner Maschen" besonders auf die Mode und die Textilien in der Ausstellung „Typisch München!" eingehen. Unter anderem erzählt eine feuerrote Brandfahne von 1762 von der Zeit, als ein Feuerwehreinsatz noch nicht über Funk lief. Der originale Hausmantel von Ludwig I. widerlegt die Meinung, dass Könige immer gut gekleidet sind. Eine elegante Damenrobe von 1890 bestätigt, dass die Frauen damals nicht viel Luft zum Atmen hatten und die berühmte Jugendstilstickerei von Hermann Obrist verrät, warum aus den „Alpenveilchen" der „Peitschenhieb" wurde. Treffpunkt ist im Foyer des Stadtmuseums, der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 2 Euro, hinzu kommt die Führungsgebühr in Höhe von 6 Euro.

Sitzung der Kommission für Stadtgestaltung

(22.7.2011) Die 237. Sitzung der Kommission für Stadtgestaltung der Landeshauptstadt München findet am Dienstag, 26. Juli, um 16 im Großen Sitzungssaal des Rathauses am Marienplatz statt.
Folgende Punkte stehen auf der Tagesordnung:

1. Ungererstraße 158 – Stadtbezirk 12
   Sanierung, Umbau und Nutzungsänderung eines denkmalgeschützten Hochbunkers zu Wohnungen und Büros mit Dachaufbau sowie Errichtung von Stellplätzen
2. Ismaninger Straße 69 – Stadtbezirk 13
   Neubau eines Wohngebäudes mit Tiefgarage

3. Landsberger Straße 367-369 – Stadtbezirk 21
   Neubau eines Pflegeheims mit 118 Plätzen, zwölf Tagespflegeplätzen, Dienstleistungs- bzw. Gewerbeflächen, Kinderkrippe, elf Servicewohnungen, sechs Mitarbeiterappartements sowie einer Tiefgarage mit 58 Stellplätzen
4. Offenbachstraße, Fl. Nr. 841/10 – Stadtbezirk 21
   Neubau einer Wohnanlage (123 Wohneinheiten) mit Tiefgarage (123 Stellplätze)
5. Oettingenstraße 61-63 – Stadtbezirk 1
   Neubau eines Wohnhauses Oettingenstraße 61
6. Gärtnerplatz 3 – Stadtbezirk 2
   Staatstheater am Gärtnerplatz – Sanierung und Instandsetzung sowie Bau einer Probebühne (Gärtnerplatz 3/Klenzestraße 35)

Vortrag „Risiken und Vorteile des schlüsselfertigen Bauens“

(22.7.2011) Ein Haus zu errichten, ist mit vielen Aufgaben verbunden. Da hört es sich recht komfortabel an, schlüsselfertig zu bauen – doch auch hier gibt es Risiken. Damit der Bau des Eigenheims möglichst reibungslos funktioniert, zeigt Bauberater und -betreuer Bernd Weitzenbauer, welche Fehler vermieden werden können. Weitzenbauer wird bei seinem Vortrag am Donnerstag, 28. Juli, im Bauzentrum München (Beginn: 18 Uhr) erklären, was eigentlich mit „schlüsselfertigem Bauen“ gemeint ist, welche verschiedenen Möglichkeiten sich anbieten und die Vor- und Nachteile erläutern. Zudem wird er Tipps für die Baupartnersuche geben. Der Eintritt ist frei.

Das Bauzentrum München befindet sich in der Messestadt Riem an der Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort nur fünf Gehminuten; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort umsteigen in Bus 190 bis Messestadt West; mit dem Auto über die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West (Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum München). Internet: *www.muenchen.de/bauzentrum*, E-Mail: *bauzentrum.rgu@muenchen.de*; Telefon: 54 63 66-0.

Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche

Dienstag, 26. Juli

9.30 Uhr	Kreisverwaltungsausschuss – Großer Sitzungssaal
14.30 Uhr	Finanzausschuss – Kleiner Sitzungssaal

Mittwoch, 27. Juli

9.00 Uhr	Vollversammlung – Großer Sitzungssaal

Antworten auf Stadtratsanfragen

Freitag, 22. Juli 2011

**Antwortschreiben des Jugendamtes vom 13.12.2010
auf meine Anfrage vom 28.09.2010 betreffend:
„Adoptionen jenseits von Altersgrenzen? Verletzung der Fürsorgepflicht von Seiten des Jugendamtes?“**
Anfrage Stadträtin Elisabeth Schmucker (CSU) vom 2.2.2011

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrer Schriftlichen Anfrage vom 02.02.2011 geben Sie an, dass ein Widerspruch in den Angaben zu den praktizierten Altersgrenzen bei Adoptionen und zu den Aussagen im Antwortschreiben des Stadtjugendamtes vom 13.12.2010 festzustellen ist.
Sie fordern des Weiteren Gründe für die folgende Aussage im Antwortschreiben des Stadtjugendamtes an: „(...) der tragische Ausgang dieses Falles ist nicht der mangelnden Fürsorgepflicht des Stadtjugendamtes geschuldet (...)“.

Zu Ihrer Anfrage vom 02.02.2011 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Wie erklärt das Jugendamt die Diskrepanz zwischen den praktizierten Altersgrenzen bei Adoptionen von Frauen Mitte bis Ende 30 und Vätern Anfang 40 und der im Antwortschreiben übermittelten Aussage, dass sich „die Adoptionsvermittlungsstelle des Stadtjugendamtes München bezüglich der Altersgrenzen bei Aufnahme eines Adoptivkindes nach den Empfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter“ richtet? „Diese sehen in der Regel einen Altersunterschied zwischen dem aufnehmenden Kind und den Adoptiveltern von etwa 40 Jahren vor. Das Stadtjugendamt hält sich an diese Empfehlungen seit 1998.“

Antwort:
Leider ist uns ein Fehler in der Wiedergabe des Zitats aus den Empfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter unterlaufen. Dadurch kam es zu dem von Ihnen erkannten Widerspruch, der dann auch gegen das allgemeine Gleichstellungsgesetz verstoßen hätte.

Die Altersgrenze bei uns ist aus fachlicher Sicht der 41. Geburtstag für beide Elternteile (keine Unterscheidung zwischen Müttern und Vätern) für einen neugeborenen Säugling aus dem Inland als 1. Kind. Beim 2. Kind können die Bewerberinnen und Bewerber entsprechend älter sein, da wir in der Regel erst wieder vermitteln, wenn das zuerst adoptierte Kind ca. 3 Jahre alt ist.

Zu Ihrer Kenntnis zitiere ich den gesamten Passus – 6.4.2.2 Alter – aus den Empfehlungen zur Adoptionsvermittlung von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter:
„§ 1743 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) enthält das Mindestalter für eine Adoption. Eine obere Altersgrenze ist dagegen gesetzlich nicht festgelegt. Starre Altersgrenzen sind nur bedingt geeignet, den Erfolg einer Vermittlung sicherzustellen. Das Alter ist aber ein Indikator, der auf andere Merkmale (z.B. Gesundheit, Lebenserfahrung, Belastbarkeit, Flexibilität) verweist. Zu bedenken ist, dass das heranwachsende Kind belastbare Eltern benötigt. Insbesondere in der Phase der Pubertät und der beginnenden Auseinandersetzung mit der eigenen Identität können Eltern im fortgeschrittenen Lebensalter leichter an die Grenzen hinsichtlich ihrer Belastbarkeit gelangen. **Dem Wohl des Kindes wird es daher in der Regel nicht dienen, wenn der Altersabstand größer als 40 Jahre ist.** Oberhalb dieser Grenze wird eine Vermittlung daher nur in begründeten Ausnahmefällen in Betracht kommen. Auch die Rechtsprechung unterstreicht, dass ein großer Altersabstand gegen ein Eltern-Kind-Verhältnis spricht."
Folglich sind die vom Stadtjugendamt praktizierten Altersgrenzen nicht im Widerspruch, da wir uns ungeachtet dieses Wiedergabefehlers an die Empfehlungen halten.

Frage 2:
Auf meine detaillierten Fragen, wieso, da zwei der drei adoptierten Kinder im vorliegenden Fall in einer betreuten Wohnungseinrichtung untergebracht sind, das dritte aber bei der 71jährigen Mutter belassen wurde, das dann seine Mutter tötete, verweigerte das Jugendamt mit Verweis auf den Sozialdatenschutz jegliche Antwort, behauptet aber im Schlusssatz seines Schreibens, dass „der tragische Ausgang dieses Falles nicht der mangelnden Fürsorgepflicht des Stadtjugendamtes geschuldet ist." Wie kann das Jugendamt dies ohne faktische Untermauerung behaupten?

Antwort:
Die Informationen, die aus Sozialdatenschutzgründen an Dritte nicht weitergegeben werden dürfen, belegen, dass die Fürsorgepflicht des Stadtju-

gendamtes der Landeshauptstadt München nicht verletzt wurde. Die Adoptionsgenehmigung wurde nicht vom Stadtjugendamt der Landeshauptstadt München erteilt. Alle adoptierten Kinder sind volljährig.

Das gilt auch für den Täter, der bis zur Tatzeit (August 2010) bei der Mutter lebte und zu dem Zeitpunkt 20 Jahre alt war.

Wie geht es mit den SWM/MVG-Feuerlöschnachrüstungen für die U-Bahnzüge weiter?
Anfrage Stadtrat Dr. Georg Kronawitter (CSU) vom 12.5.2011

Antwort Referat für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 12.05.2011 hinterfragen Sie die Nachrüstung von Feuerlöscheinrichtungen in den U-Bahnzügen.

Vorab bedanke ich mich für die entsprechend meiner Zwischennachricht vom 01.06.11 gewährte Terminverlängerung.

Die von Ihnen in diesem Zusammenhang gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die in den operativen Geschäftsbereich der Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) fallen. Hierzu darf im Folgenden deren Antwort wiedergegeben werden:

Frage 1:
Ist das Konzept für die Nachrüstung von Münchner U-Bahnen mit zusätzlichen automatischen Feuerlöscheinrichtungen abgeschlossen?

Antwort der MVG:
Derzeit laufen die letzten Abstimmungen mit dem Gutachter, dem TÜV Süd.

Frage 2:
Liegen hierfür alle Genehmigungen seitens der Genehmigungsbehörden vor?

Antwort der MVG:
Die Vorabstimmungen mit der Genehmigungsbehörde wurden schon beim Start des Projektes getroffen. Nach Vorliegen des TÜV-Berichtes und Fertigstellung der Technischen Dokumentation werden die endgültigen Genehmigungen beantragt.

Frage 3:
Wie viele Fahrzeuge der Typen A, B und C wurden schon umgerüstet? Sind die umgerüsteten Fahrzeuge im Einsatz?

Antwort der MVG:
Bislang wurde in Abhängigkeit von anderen Projekten (u.a. Videoausrüstung und Fahrgastinformation) mit der Umrüstung der ersten Prototypen in den B-Wagen begonnen. Es ist noch kein Fahrzeug im Fahrgasteinsatz.

Frage 4:
Haben sich andere U- und S-Bahnbetreiber für das neuartige Münchner System interessiert?

Antwort der MVG:
Ja, bei derartigen innovativen Systemen besteht immer Interesse von Seiten anderer Betreiber.

Ich hoffe, dass Ihre Fragen hiermit zufriedenstellend beantwortet werden konnten.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Freitag, 22. Juli 2011

Bedienen sich die Stadt und/oder städtische Tochtergesellschaften bei der Eintreibung von Rückständen auch der Mitwirkung von Inkassounternehmen?
Anfrage Stadträte Marian Offman und Richard Quaas (CSU)

Chancen von Ampeln mit Restzeitanzeige unter Münchner Verkehrsverhältnissen darstellen
Antrag Stadtrat Dr. Georg Kronawitter (CSU)

Mehr Bürgerbeteiligung wagen
Antrag Stadträtin Lydia Dietrich (Bündnis 90/Die Grünen)

Notfallplan und Krisenintervention im Fall von Kindesmissbrauch
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. med. Otto Bertermann, Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Richard Quaas Marian Offman

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus-Marienplatz
80331 München

ANFRAGE
22.07.11

Bedienen sich die Stadt und/oder städtische Tochtergesellschaften bei der Eintreibung von Rückständen auch der Mitwirkung von Inkassounternehmen?

Das immer rigorosere Vorgehen von Inkassogesellschaften ist aktuell in den besonderen Fokus der Verbraucherschützer geraten. Der Schwerpunkt dieser Aktionen richtet sich zwar insbesondere gegen zweifelhafte Methoden im Zusammenhang mit Internet-Fallen und -geschäften, aber durchaus auch gegen das sehr robuste und oft undurchsichtige Beitreiben von Schulden aller Art, die auch bei seriösen Unternehmen bestehen. Die Adressaten solcher Beitreibungsschreiben werden oft mit einem Wust juristischer, bzw. pseudojuristischer Wortkonglomerate konfrontiert, die sie weder verstehen noch einschätzen können. Das scheint auch so gewollt, die Leute sollen damit eingeschüchtert werden, damit sie ihre Schulden danach schnell zahlen. Gegen eine seriöse Eintreibung unzweifelhafter Forderungen ist nichts einzuwenden und das gute Recht von Gläubigern, das Problem beginnt aber da, wo die Schuldner eingeschüchtert werden und die bestehenden Schulden durch allerlei Gebühren und Aufschläge auf das Vielfache getrieben werden.
Es ist bekannt, dass sich auch städtische Tochterunternehmen - zumindest in der Vergangenheit - der Arbeit von Inkassounternehmen bedient haben und es durchaus Beschwerden über die Art und Weise, auch gegen deren Vorgehensweise gegeben hat. Ein aktueller Stand, bzw. eine Übersicht über solche möglichen „Geschäftsbeziehungen“ der Stadt oder ihrer Tochter- und Beteiligungsunternehmen ist deshalb von öffentlichem Interesse.

Ich frage deshalb den Oberbürgermeister:

1. Bedienen sich die Stadt und/oder städtische Tochter- und Beteiligungsgesellschaften bei der Eintreibung von finanziellen Rückständen, bzw. Schulden der Arbeit, bzw. Unterstützung von Inkassounternehmen?
2. Wenn 1 ja, welche Referate, bzw. welche Dienststellen und/oder welche Tochter- bzw. Beteiligungsgesellschaften und in welchen Fällen?

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765, dienstlich 210 140-53
email: rquaas@yahoo.de

3. Wenn 1 ja, welche Unternehmen aus dieser Branche wurden städtischerseits – inkl. der Tocher- und Beteiligungsunternehmen - beauftragt, bzw. falls diese Auskunft dem Datenschutz unterliegen sollte, wurden die Firmen dahingehend bei der Auswahl und auch folgend überprüft, ob sie bei den Verbraucherverbänden schon auffällig geworden waren?
4. Wenn 1 ja, wie oft wurden in den letzten 5 Jahren jeweils solche Aufträge erteilt, bzw. gibt es mit Inkassounternehmen feste Verträge, die quasi eine Routineübertragung solcher Fälle an die professionellen Schuldeneintreiber beinhalten?
5. Wenn 1 ja, haben die Stadt, bzw. die Gesellschaften Einfluss auf die Art und die Methoden, wie die Inkassofirmen gegen die Schuldner vorgehen oder werden die Methodik und die generelle Vorgehensweise den professionellen Schuldeneintreibern gänzlich überlassen?
6. Wenn 1 ja, achten die städtischen, bzw. stadtabhängigen oder stadtnahen Auftraggeber darauf, dass in diesen Fällen die vielfach gängige Praxis von Profigeldeintreibern, die Schuldner auch noch mit - meist unseriösen - extrem hohen, weiteren Säumnis- und Bearbeitungsgebühren und Zusatzforderungen zu belasten, keine Anwendung findet, damit die Schuldner oft nicht auch noch in eine auswegslose finanzielle Spirale getrieben werden, die die Stadt dann letztlich an anderer Stelle wieder auffangen muss?
7. Wenn 1 ja, gibt es Beschwerden über die Methoden der beauftragten Inkassounternehmen bei der Stadt oder bei den Verbraucherverbänden und wenn ja, wie viele jeweils in den letzten 5 Jahren und wurde diesen Beschwerden dann auch nachgegangen?
8. Prüft die Stadt vor dem Hintergrund der aktuellen Berichterstattung über die Methoden von Inkassounternehmen generell diesen Auftragsbereich, falls es solche Beauftragungen immer noch gibt?

gez.
Richard Quaas, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

gez.
Marian Offman, Stadtrat

Dr. Georg Kronawitter

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
22.07.11

Chancen von Ampeln mit Restzeitanzeige unter Münchner Verkehrsverhältnissen darstellen.

Der Stadtrat möge beschließen:

Dem Stadtrat wird dargestellt, inwiefern und unter welchen Einsatzbedingungen eine Restzeitanzeige an Münchner Verkehrsampeln (Lichtzeichenanlagen, LZA) Sinn machen würde. Dabei ist zu klären, inwiefern eine gezielte Restzeitanzeige dazu beitragen könnte, die Immissionsbelastung (Abgase, Feinstaub, Lärm) an hochbelasteten Knotenpunkten dadurch zu verringern, dass die Autofahrer motiviert werden, den Motor abzustellen.

Hierbei sind Systeme zu Grunde zu legen, die in der Rot-Phase nicht bis auf Null herunterzählen und somit keine Wett-Starts nach dem Motto „Achtung – fertig – los“ provozieren.

Es ist auch darzustellen, was eine entsprechende Aufrüstung pro Kreuzung kosten würde – vermutlich stark abhängig vom technischen Stand der jeweiligen LZA.

Vorteilhaft wäre auch, wenn sich das INZELL-Forum damit beschäftigen könnte.

Begründung:

Jede(r) Autofahrer(in) kennt sicher das ungute Gefühl, wenn man an einer rot zeigenden Ampel wartet und der Motor sinnlos läuft, Kraftstoff verbraucht und Immissionen produziert. Start-Stopp-Automatiken in Neu-Fahrzeugen werden immer beliebter und senken fahrzeugseitig die Hürden, den Motor auch für kurze Pausen abzustellen. Aber ab wann lohnt sich ein Abstellen des Motors? Diese Information können am besten Restzeitanzeigen für die Rot-Phase liefern.

Aber auch für Fußgänger sind Restzeitanzeigen sinnvoll, um sie abzuhalten, aus Ungeduld bei Rot über die Straße zugehen (Foto links aus Hamburg /1/).

CSU-Fraktion,
Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de
Tangastraße 28; 81827 München; email: csu@georg-kronawitter.de wzim.de

Restzeitanzeigen sind älter als man denkt. Sie haben sich nur unterschiedlich durchgesetzt. In Shanghai soll es sie z. B. flächendeckend geben, in Hamburg und Bochum sind in den letzten Jahren immerhin Pilotprojekte realisiert worden, sie an Testknoten einzusetzen. Dabei scheint unstrittig zu sein, dass eine überwältigende Mehrheit der Autofahrer diese zusätzliche Info begrüßt.

In Hamburg wurden für den Umbau vorhandener LZAs für eine Restzeitanzeige unglaublich hohe Beträge im unteren sechsstelligen Eurobereich ermittelt, was zu einem Projektmoratorium geführt hat.

Schwierig ist eine Restzeitanziege auch bei verkehrsdichte-gesteuerten Ampelphasen mit z. B. integrierter Pulkerkennung.

Alles in allem sollte sich der Stadtrat hier einen aktuellen Überblick verschaffen.

Quelle

/1/ http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Hh-ampel.jpg (Fotograf: staro1) - abgerufen am 17.7.2011 20:30

gez.

Dr. Georg Kronawitter

Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 22.07.2011

ANTRAG

Mehr Bürgerbeteiligung wagen

Das Planungsreferat reicht einen Projektvorschlag im Rahmen des Projektaufrufs "Bürgerbeteiligung" der Initiative "Nationale Stadtentwicklungspolitik" ein.
(http://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de/DE/Wettbewerbe/NSPProjektaufruf/projektaufruf__node.html)

Begründung:
Bis zum 2. September 2011 können hier Projekte mit innovativen Verfahren zur Bürgerbeteiligung eingereicht werden. Ziel dieses Projektes ist die Erprobung neuer, beispielgebender Wege für die Mitwirkung der Bürger im Planungsprozess, welche die bürgerschaftlichen Ressourcen für eine qualitätvolle Planung nutzbar machen und auch die Akzeptanz der Planung zu steigern wissen. Die Projektkosten werden bis zu 50% bezuschusst.

Als beispielhaftes Projekt käme die städtebauliche Entwicklung der frei werdenden Flächen (Nockherberg, Welfenstraße, Untere Au, Auer Mühlbach) in Frage, die nach einer möglichen Verlagerung der Betriebsstätte der Paulaner Brauerei zu überplanen sind. Nach bisherigen Berichten ist die Entscheidung hierzu, sehr zeitnah zu erwarten.

Hier bietet sich eine einmalige Gelegenheit zusammen mit den „anliegenden“ Bürgern eines unter starkem Aufwertungs- und Verdrängungsdruck ausgesetzten Stadtteils, ein neues Wohngebiet zu entwickeln und gleichzeitig Instrumente einer Bürgerbeteiligung erproben zu können, die über die heutigen formalen Verfahren hinausgehen. Mit den gewonnenen Erkenntnisse könnten dann auch in anderen Planungsprozessen neue Wege der Bürgerbeteiligung betreten werden.

Sollte eine Entscheidung zu Gunsten einer Verlagerung der Paulaner Brauerei nicht (rechtzeitig) erfolgen, böten sich Projekte im Rahmen der Städtebauförderung, von geplanten Nachverdichtungen oder größeren städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen an.

Fraktion Die Grünen - rosa liste
Initiative:
Lydia Dietrich
Stadträtin

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

FDP-Fraktion im Münchner Stadtrat | Rathaus | 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

22.07.2011

Antrag Nr.:
Notfallplan und Krisenintervention im Fall von Kindesmissbrauch

Der Stadtrat möge beschließen:
Die Landeshauptstadt München gründet in Kooperation mit den freien Trägern ein Krisen-interventionsteam, das bei der Stadt München aber auch bei einem freien Träger ange-siedelt werden kann. Ein Notfallplan für den Fall von Kindesmissbrauch wird entwickelt. Das Kriseninterventionsteam muss sofort einsatzfähig sein. Unter einer Notfall-Telefon-nummer muss rund um die Uhr ein Ansprechpartner zur Verfügung stehen, der Lotsen-funktion übernimmt. Vom Referat für Bildung und Sport werden sämtliche Fälle von sexuellem Missbrauch in städtischen Einrichtungen systematisch erfasst und an das Stadtjugendamt gemeldet.

Begründung:
Das Referat für Bildung und Sport trägt die Verantwortung für 450 Kindertagesstätten und 28 000 Kinder. Das Betreuungsangebot wird in den nächsten Jahren weiter ausgebaut.

Zahlreiche Einrichtungen der freien Träger und der Landeshauptstadt München sind im Bereich sexueller Kindesmisshandlung fachlich tätig.

Die Interne Fachberatung sexuelle Kindermisshandlung ((IFB) informiert über das sozialpädagogische Handeln in (Verdachts-)Fällen über vorhandene Hilfsangebote in München und Umgebung. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bezirkssozialarbeit im Sozialbürgerhaus erfahren die Betroffenen laut Sozialreferat geeignete Hilfen und Schutzmaßnahmen; dies sollte auch dem Referat für Bildung und Sport bekannt sein.

Im Falle von akuten Krisen sind sofort Rat, Unterstützung und Hilfe erforderlich.
Die Landeshauptstadt München muss alle Maßnahmen ergreifen, um im Fall von Kindesmissbrauch sofort tätig zu werden.

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Dr. Jörg Hoffmann
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Gez.
Christa Stock
Ea. Stadträtin

Gez.
Dr. med. Otto Bertermann
Ea. Stadtrat